

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 5 Mk., unter Streifenband 6,50 Mk.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenpark 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

In der Zeit vom 24. April bis 30. April ist der Beitrag für die 13. Woche fällig.

## Unser Beruf im Film der Zeit.

Schier unerschöpflich ist die Fülle neuer Berufsprobleme und es ist interessant genug, von Zeit zu Zeit mal einen Rückblick auf die Versuche zu ihrer Lösung oder auf die in dieser Beziehung noch viel größere Gleichgültigkeit unserer Unternehmer zu werfen. Leider fehlt es uns nur immer an dem nötigen Platz, um alle Vorgänge oder besser Rückschrittsbestrebungen gebührend beleuchten zu können, dann würden unsere Mitglieder, soweit sie nicht bereits durch eigene Erfahrungen unterrichtet sind, mit Schrecken wahrnehmen, welche lächerliche Kleinlichkeit, bornierte Rückständigkeit und alberne Überhebung noch immer in unserm Berufe umgeht. Die Stimmen einiger Prediger in der Wüste verhallen ungehört, es wird weitergewurstelt. Das Flügelrauschen einer großen Zeit geht auch diesmal spurlos am deutschen Gartenbau vorüber, was übrigens auch schon früher vom Freiherrn v. Solemacher, der als ehemaliger Vorsitzender des Reichsverbandes Kenner der Verhältnisse war, festgestellt wurde.

Der Schrei nach der Landwirtschaft erscheint, von diesem Standpunkt aus betrachtet, bereits als ein Entartungsmerkmal, das, abgesehen von der früheren Schutz Zollfrage und der gärtnerischen Rechtsfrage, in der neueren Zeit als ein Ausfluß der durch den Krieg verursachten Umstellung vieler Topfpflanzenbetriebe in Gemüsegärtnereien zu bewerten ist. Das Interesse vieler Unternehmer an hervorragenden gärtnerischen Kulturen hat bedeutend nachgelassen, der Bedarf an geschulten Kräften geht immer mehr zurück, man arbeitet vorwiegend mit Lehrlingen und Frauen, drängt dadurch die fähigen Kräfte aus dem Berufe und erzieht ein Halbwissertum, das unwiderruflich zum Niedergang führt. Ein aus der Provinz Posen vertriebener Handelsgärtner schilderte uns vor kurzem seine Eindrücke über Dutzende früher hervorragender Gärtnereien, die er zwecks Ankauf besichtigte und pflichtete uns darin bei, daß ein Betrieb, der dauernd nur Ungelernte beschäftigt, seine alten Kulturen vernachlässigen und dadurch zurückgehen müsse. Es sei dringend notwendig, kaufmännisch zu rechnen und dazu gehöre vor allem intensive Ausnutzung der Kultureinrichtungen mit gelerntem Personal.

Davon abgesehen muß man aber doch den Dingen etwas tiefer auf den Grund gehen und dabei kommt man zu der Überzeugung, daß der Kleinbetrieb unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr leistungsfähig ist. Es fehlt ihm bei der bekannten Entstehungsgeschichte dieses Typus u. a. an der nötigen Finanzkraft, um eine Umstellung oder Erweiterung seiner Anlagen im modernen Sinne vornehmen zu können. Der Ausbau der Großbetriebe vollzieht sich daher auch in unserm Berufe zwar langsam aber sicher und die oben geschilderten Erscheinungen stellen nur den krampfhaften Versuch der Kleinunternehmer dar, sich mit allen nur möglichen Mitteln über Wasser zu halten.

Dies alles beweist, wie nötig auch bei uns eine Planwirtschaft ist, die einmal ernstlich mit den altväterlichen Arbeitsmethoden, dem krankhaften Konkurrenzneid, der Preisschleuderei und ähnlichen Auswüchsen aufräumt. Als ein solches Übergangssystem betrachten wir die Genossenschaften und es ist erfreulich, daß es auch im Unternehmerlager Leute wie Tillaack-Breslau und Böhm-Lösden gibt, die heute schon von einer gärtnerischen Zentralgenossenschaft reden, obgleich das Angesichts des Konservatismus und Trägheitsvermögens unserer Kräfte ein gewagtes Beginnen ist. Hat doch nach einem Bericht der „Schlesischen Gärtnerbörse“ Nr. 13 die „Berliner Richtung“ triumphiert, als die Blumenzentralen in Köln und Magdeburg aus Organisationsgründen (um bei den Genossen die Spreu von dem Weizen zu sondern) liquidierten. Siegesgewiß glaubte man, dem Genossenschaftsgedanken sei der Todesstoß versetzt. Welch ein Armutszeugnis!

Und solche Leute schwatzen scheinheilig vom Wiederaufbau unseres Berufes, meinen aber den Wiederaufbau eines Wirtschaftssystems, das kläglich Fiasko erlitten hat, wie allein schon der ständige Kampf zwischen Blumengeschäftsinhabern und Handelsgärtnern beweist, der so recht zeigt, wie himmelweit entfernt wir von einer wirklichen Bedarfsdeckungswirtschaft entfernt waren, weil jeder nach Belieben produzieren durfte. Hatte einer 100 Schock Salat angebaut, guckte schon der liebe Nachbar über den Zaun und pflanzte 200 Schock aus. Trotzdem wunderte man sich in jenen Kreisen noch, daß das organisatorisch viel rührigere Ausland dem Michel die Schlafmütze immer tiefer über das Ohr zog. Über allem gründlichen Forschen und Züchten hatte man die Zeit verschlafen. Das Ausland lieferte billige Blumen, nun lohnte es sich nicht mehr, größere Kapitalien in Schnittblumenanlagen zu stecken und heute steht man ratlos den Anforderungen der Blütner gegenüber, was um so schwerwiegender ist, als unsere finanziellen Verhältnisse zurzeit keine Einfuhr erlauben. Wo bleibt da die angebliche Erzeugerpolitik, darf man sich dann wundern, wenn die Blütner kein Vertrauen in die Leistungsfähigkeit mehr haben, ja von direkter Unfähigkeit oder krasser Selbstsucht reden?

Man lese doch einmal die feierlichen, mit einem patriotischen Mäntelchen schamhaft verhüllten Beschlüsse der Hauptversammlung und Ausschusssitzung des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe gegen die Einfuhr und vergleiche sie mit den nackten Tatsachen, dann wird man die Vermutungen der Blütner nur allzu erklärlich finden. Aus allen möglichen Teilen Deutschlands wird berichtet, daß die Gärtner „für sich unentbehrliche Topfpflanzen“ einführen, während sie wenig unternehmen, um den Blumenbedarf zu decken. Vielleicht wollen sie damit nach berühmtem Muster die Preise künstlich hochhalten, vielleicht fehlt ihnen aber auch der notwendige Weitblick für eine wirkliche Erzeugerpolitik. Das „Handelsblatt“ warnt offiziell vor jeder heimlichen Einfuhr und veröffentlicht gleichzeitig einen Bericht der Gruppe Lüneburger Heide, in dem es heißt, daß jeder Kollege seinen Bedarf im Ausland selbst decken sollte, um nicht in die Hände einiger weniger Großgeschäfte zu fallen! Das ist die vielgepriesene Individualwirtschaft, die nicht einmal zwei eng aufeinander angewiesene Berufszweige wirtschaftlich befriedigen kann und die Kleinen gegen die Großen ausspielt, so daß auch in letzter Zeit wieder Gerüchte über Gründung eines Verbandes für kleine Handelsgärtner umlaufen, während in Bayern ein Arbeitgeberverband solcher Gartenbaubetriebe gegründet worden ist, die Leute beschäftigen, also im Prinzip dasselbe. Man fühlt sich vernachlässigt und verfällt in das alte deutsche Erbübel der Zersplitterung und des Partikularismus, statt die Mainlinie zu überwinden und einen Einheitsverband zu gründen.

Doch die Schuld liegt auf beiden Seiten, man will sich nicht verstehen oder unterschätzt die abnormen Verhältnisse der Gegenwart. Goldene Worte über den Geschäftsgang der Blütner sind auf ihrer Kasseler Tagung gefallen, nun scheint aber der Gewinn nicht mehr so groß zu sein, weil die Kaufkraft des Publikums für teure Blumen nachläßt und sogenannte kleine Ware nicht genügend vorhanden ist. Deshalb beschuldigt man sich gegenseitig der Preistreiberei oder gar des Wuchers, verlangt, daß an Privatleute 50% teurer verkauft werde und strebt nach den Gewinnaufschlägen, die das Wuchergericht in Elberfeld als nicht zu beanstandende bezeichnet hat (für Haushaltswaren 50—300%, für Glaswaren 100% usw.). Schließlich versteigt sich „Illex“ (Nr. 15 der Blütnerzeitung) in seiner unübertroffenen Logik zu der allgemeinen Behauptung, daß zur Erhaltung und besseren Ausnutzung der gärtnerischen Betriebe Einfuhr nötig sei. Das ist zweifellos der Stein der Weisen. Dafür wird er sicher von den Importeuren, nicht aber von den Kultivateuren ein Patent erhalten.

So sehen die Segnungen der freien Wirtschaft aus! Man wünscht kein Privatpublikum in die Gärtnereien gehen zu sehen, dieses soll nicht mit den Urproduzenten, sondern nur mit dem Zwischenverdiener in Berührung kommen, denn seine

Existenz ist volkswirtschaftlich notwendig, weil er Steuern bezahlt.

Doch alzu viel hält man davon nicht, denn Herr Stein in Kassel empfiehlt seinen Leuten, die Steuererklärungen im Rahmen der Wahrscheinlichkeit (nicht etwa den Tatsachen entsprechend) auszufüllen. Ein „gewisser Einklang“ mit den Einnahmen müsse herbeigeführt werden, um nicht den Argwohn der Bekörde zu erregen, dann würden, nach entsprechender gegenseitiger Fühlungnahme, die Vorteile für den ganzen Stand auf der Hand liegen. Solche Stützen der Ordnung rufen natürlich sofort nach einer starken Regierung, wenn ihre Privilegien durch die „Mißwirtschaft“ sozialistischer Minister bedroht sind, Fachminister, Minister für Sonderinteressen, die sich nicht um das Recht der Allgemeinheit kümmern, das ist ja auch anderwärts die Losung politischen Knotenentums.

Wie notwendig übrigens gerade bei den heutigen Zuständen eine gesunde Preispolitik ist, beweisen schlagend die in Kassel vorgetragenen Berechnungskosten für einzelne Pflanzenarten. Merkwürdig ist nur, daß verschiedene Blumengeschäftsinhaber ihre eigenen Erzeugnisse selbst nicht richtig bewerten können, was aus den Vorschlägen für die Bahnhofsgründung in Berlin anlässlich der oberschlesischen Abstimmung deutlich hervorgeht. Obgleich der Selbstkostenpreis etwa 2 Mk. pro laufendes Meter betragen dürfte, sind Angebote von 2,50 Mk. einschließlich Befestigung usw. abgegeben worden.

Das ist doch nur möglich, wenn man überwiegend mit Lehrlingen arbeitet, deshalb wäre es sehr erwünscht, wenn die von Herrn Renne vertretenen Grundsätze über das Lehrlingswesen Allgemeingut auch unserer Unternehmer würden. Mit Freiwilligkeit ist hier nichts gemacht, daran ändern auch einige ehrliche Vorkämpfer nichts. Es wird höchste Zeit, daß das auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß geforderte Lehrlingsgesetz möglichst rasch kommt oder wenigstens eine Notverordnung erlassen wird, die die Neueinstellung von Lehrlingen überall dort verbietet, wo bereits Massenlehrlingszuchterei vorhanden ist.

Eine weitere Voraussetzung für die Gesundung der Marktverhältnisse ist eine gleichmäßige Tarifpolitik, aber hier liegt noch alles im argen. Der Widerstand unserer schwerfälligen Kräfte gegen eine vernünftige Regelung der Löhne als Teile der Gesteuerungskosten wird immer stärker, man will nach Belieben zahlen und die Arbeitszeit ebenso festsetzen, um wieder nach alter Methode kalkulieren zu können. Man hofft mit Herrn Beterns in Geldern auf einen politischen Umschwung: in zwei Jahren denke niemand mehr an Tarife, und Herr Kamp in Haspe bemüht sich krampfhaft, alle Verhandlungen bis dahin zu verschleppen.

Eine Blütenlese der verschiedensten Gegengründe liefert jede einzelne Nummer des „Handelsblattes“ und der „Süddeutschen Gärtner-Zeitung“. Hier nur einige Kostproben: In einer mecklenburgischen Unternehmer-Versammlung behauptete ein besonders gelisteter Herr: Wir gehören zur Landwirtschaft und brauchen keine Tarife abzuschließen.

In Bayern erklärte der Vertreter des großen landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Verbandes, die Gärtner nur dann aufnehmen zu können, wenn sie sich ebenso zum Abschluß von Tarifverträgen bereit erklärten, wie die Landwirte. Württemberg lehnt den Landestarif ab, da die Kleinbetriebe ihn nicht tragen könnten; Baden schließt einen solchen ab, um auf diesem Wege die Arbeitszeit verlängern zu können. Den Gegnern des Reichstarfes in der Ausschußsitzung des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe erklärte das Vorstandsmitglied Schulze-Magdeburg: „Wir dürfen nicht landwirtschaftlicher wie die Landwirtschaft sein wollen.“ Beim Gartenbauausschuß in Königsberg beantragten die dortigen Unternehmer: „Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die in dem landwirtschaftlichen Tarifvertrag enthaltene Bestimmung, nach welcher die Lehrlinge als Hofgänger und Lohnempfänger bezeichnet werden, für welche bestimmte Lohnsätze festgesetzt sind, nicht auf die Gärtnerlehrlinge angewendet werden darf.“ Wenn das Herr v. Altröck liest, wird er mit einer Variante ausrufen: Der Knabe Karl fängt an, mir fürchterlich zu werden.

Die Kölner Handelsgärtner können keine Verschlechterung der Gehaltslage feststellen, an vielen anderen Orten verlangen die Unternehmer höhere Sätze für Kost u. dgl., weil es ihnen angesichts der Teuerung unmöglich sei, mit den bisherigen Sätzen auszukommen.

Bezeichnend ist auch der Hinweis der Berliner, daß sich Arbeitskräfte in Massen zu jedem einigermaßen auskömmlichen Lohn anbieten, während die Arbeitsnachweise dauernd klagen, daß es ihnen nicht möglich sei, zu den niedrigen Löhnen Personal zu vermitteln. Besteht man sich die Leute, so sind sie durch Inserate in den Annoncenblättern herbeigelockte Provinzler, die gar bald erkennen, wie herrlich es sich in Berlin bei den „hohen“ Löhnen leben läßt, während hier noch immer 124 gelernete Arbeitslose zur Anwendung kommen, von denen viele schon seit Juli 1920 die Sorgen dieses Systems verspüren.

Hier liegt noch ein reiches Arbeitsfeld vor uns, denn die Unorganisierten und Miesmacher sind eine Gefahr für ihre übrigen Kollegen. Die noch bestehenden Demobilisationsverordnungen müssen so scharf als möglich gehandhabt werden.

Der Hauptgrund der Tarifgegner besteht aber in immerwiederkehrendem Klagen und Jammern über den Rückgang des Geschäfts. Wie sieht es nun damit aus?

Im Marktbericht der „Schlesischen Gärtnerbörse“ wird gesagt, bei Schnittblumen und Grün übersteigt das Angebot die Nachfrage, in Topfpflanzen ist die Nachfrage sehr groß, das Ostergeschäft war gut, das Herbstgeschäft zufriedenstellend. „Der befürchtete Rückgang der Kaufkraft des Publikums ist nicht sehr empfindlich gewesen. Selbst Anfang bis Mitte Dezember war lebhaftere Nachfrage in allen Artikeln. Der Bedarf steigerte sich zum Weihnachtsfest gegen das Vorjahr in erheblichem Maße. Jedenfalls ist das Fehlen der Auslandsschnittblumen nicht in dem so oft behaupteten Maße zu merken gewesen. Dieser Umstand veranlaßte unsere heimischen Kulturen in Schnittblumen bedeutend zu vergrößern und selbst Neuanlagen ohne Rücksicht auf die hohen Kosten ins Auge zu fassen.“

Das Ernährungsproblem tritt überhaupt allgemein mehr und mehr zurück, auch die Firma Schetelig in Lübeck baut neue Häuser. In der Gruppe Mittelrhein des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe bekundeten am 25. Januar d. J. mehrere Herren den guten Absatz der Erzeugnisse. Ähnlich liegen die Dinge in Dresden, wo der Geschäftsgang in Topfpflanzenversandgärtnereien ein außerordentlich günstiger ist. Alle Bestände an Azaleen, Camellien sind bis auf die Anzuchtware ausverkauft. Der vielfach begonnene Abbau der Betriebe hat aufgehört, man sucht Vergrößerungen vorzunehmen und stellt mehr Personal ein. Keine Gärtnerei ist mehr verkäuflich, das Auslandsgeschäft nach Österreich, der Tschechoslowakei und Ungarn hat sich gebessert, nur Polen fehlt noch.

Die Fürstliche Schloßgärtnerei in Wernigerode, die in der Vorkriegszeit einen jährlichen Zuschuß von 28000 Mk. erhielt, erfordert nur noch einen solchen von 2575 Mk. Die Stundenlöhne für die Kundschaft der Landschaftler sind im Bergischen Land, Rheydt u. dgl. auf 7,50, 8 und 9 Mk. festgesetzt, der billigste Kranz auf 10 Mk., mit Schleife auf 50 Mk. In Bremen droht man jedem Mitglied der Handelsgärtnergruppe mit 1000 Mk. Konventionalstrafe, wenn er nicht mindestens 7,50 Mk. pro Stunde fordert. Über die Blumenpreise hier zu schreiben erübrigt sich, sie sind hier schon gestreift.

Zur Lage auf dem Baumschulenmarkt berichtet das „Handelsblatt“ in Nr. 3, daß die Erzeugung sich in aufsteigender Linie bewege. Die große Nachfrage nach Obstbäumen habe bereits zu Neugründungen geführt, die Überproduktion befürchte der ließen. Die Frage, ob unsere Baumschulen überhaupt wieder aufblühen, sei bestimmt zu bejahen.

Dies deckt sich übrigens mit allen sonstigen Beobachtungen, klagen doch z. B. die Handelsgärtner schon wieder über mangelhaftes Entgegenkommen bezüglich der Prämien, ein Beweis für die Monopolstellung der Baumschulenbesitzer, die auch sonst ganz „moderne“ Anschauungen und bei der Erleichterung der Ausfuhr beachtenswerte Erfolge erzielt haben, die ihnen ein gutes Ausfuhrgeschäft mit Valutagewinnen sichern.

Zu der Lage der Landschaftsgärtnerei werden wir in einem besonderen Artikel Stellung nehmen, denn die dort auftauchenden, geradezu tollkühnen Gedankengänge passen nicht mehr in den Rahmen des vorliegenden, an sich schon ziemlich lang gewordenen Artikels hinein.

Bemerkt soll nur noch werden, daß nach allen bisher hier eingelaufenen Berichten die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern ein Schlag ins Wasser zu sein scheinen, so daß unsere Unternehmer daraus ihre Lehren ziehen und die Mahnung auch der „Gartenwelt“ beherzigen werden, ihre Selbständigkeit als Gärtner nicht völlig preiszugeben.

Im übrigen scheint diese Zeitschrift nicht mehr so viel Wert auf ihren früheren guten Ruf zu legen, denn es tauchen da in letzter Zeit Ratschläge von Leuten auf, die einen derart dilettantenhaften Eindruck machen, daß sie ernsthaft wohl nur in den glücklicheren einer vergangenen Epoche angehörenden Lokalvereinen „Bellis perennis“ oder „Folia et floris“ erörtert werden könnten, die sich der recht naive Verfasser des Artikels „Die beiden Gärtnergehilfen“ in Nr. 14 anscheinend wieder zurückwünscht. Wer heute noch die Welt durch die Brille der Biedermeierzeit betrachtet, dem rufen wir mit „Illex“ zu:

Die neue Zeit erfordert neue Menschen!

W. R.

## Ein Rückblick auf die Verhältnisse in den Holsteinischen Baumschulen.

Bis zum Ende des Krieges war es nicht möglich, in nennenswertem Maße die in den Holsteinischen Baumschulen Beschäftig-

ten zu organisieren. Wenn auch von unserem Verbands alles versucht wurde, dieses zu erreichen, so scheiterte es immer wieder an der Haltung der Kollegen, welche befürchteten, daß durch ihre Mitgliedschaft Maßregelungen einsetzen würden. Nach einem 1903 gut geführten Streik war in der schlechten Geschäftszeit auch ein großer Teil gemäßregelt worden und das hatte noch immer seine Nachwirkung. Stark genug, sich durchzusetzen, fühlten sich die Beschäftigten nicht. Das kann man verstehen, wenn man bedenkt, daß in den Holsteinischen Baumschulen die Finanzgrößen der Baumschulenbranche vertreten sind. So hatten wir wohl immer einige Kollegen bei uns organisiert, jeder größere Anlauf zur machtvollen Ausbreitung unseres Verbandes verlief aber im Sande. Dieses änderte sich mit einem Schlage nach dem Anfang der Revolution 1918. Da gelang es, die Kollegen zum überwiegenden Teil dem Verbands zuzuführen. Dadurch war denn auch die Möglichkeit geschaffen, an die Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegenschaft heranzutreten. Die Notwendigkeit dazu lag hier mehr wie anderswo vor. Die Löhne, welche bis dahin gezahlt wurden, waren mit die niedrigsten überhaupt. Das war zu verstehen, wenn man bedenkt, daß jede Organisation bis dahin fehlte. Mit dem Verein Holsteinischer Baumschulenbesitzer gelang es, ab 25. Januar 1919 einen Tarifvertrag abzuschließen, der die Löhne für Gehilfen auf 1,20 Mk., für Arbeiter auf 1 Mk., für Frauen und Mädchen auf 45—55 Pf. festsetzte.

Waren dieses auch noch immerhin sehr niedrige Löhne, so waren es doch schon nennenswerte Verbesserungen gegen die bis dahin bestehenden.

Die nach dem Krieg einsetzende und anhaltende steigende Teuerung machte es bald notwendig, weitere Lohnforderungen zu stellen. Die Unternehmer erklärten sich zwar auch bereit, weitere Lohnzulagen zu gewähren, blieben aber mit ihrem Angebot unter dem, was wir als Mindestmaß betrachten konnten. Das einzig Gute dabei war, daß es auch von ihnen als zweckmäßig erachtet wurde, das Tarifgebiet zu erweitern. Es sollte jetzt das ganze südholsteinische Baumschulengebiet unter einem Tarifvertrag zusammengefaßt werden.

Der angerufene Schlichtungsausschuß fällt eine Schiedsentscheidung, welcher uns nicht die gewünschte Erhöhung brachte. Rund 700 Kollegen legten daraufhin zur Durchführung ihrer Forderungen im Juni 1919 die Arbeit nieder.

Das war der erste größere Baumschulstreik in Norddeutschland. In musterhafter, vorbildlicher Ordnung wurde er nach einwöchiger Dauer beendet. Waren die Forderungen auch nicht restlos erfüllt, so war doch ein nennenswerter Schritt vorwärts getan und konnten wir mit dem Erreichten zufrieden sein. Der Streik schiedete unsere Kollegen noch fester wie bisher zusammen. Unsere Organisation umfaßte in einzelnen Orten die Beschäftigten fast restlos.

Jeder, der unsere Holsteinischen Baumschulkönige kennt, wußte, daß diese die Erstarkung unserer Organisation und die Schulung und Aufklärung unserer Kollegen nicht so hinnehmen würden. Viel zu sehr waren sie es bisher gewöhnt, vom Herrenstandpunkt aus die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren, als daß sie sich so ohne weiteres mit der Gewerkschaft abgefunden hätten.

Unsere Vermutungen, daß versucht werden würde, sich dieser Fesseln zu entziehen, wurden denn auch gar zu bald bestätigt.

Gelegentlich der Verhandlung um die Regelung der Arbeitszeit im Reichsarbeitsministerium im November 1919 beschaffte sich Herr A. Pein, der Führer der Baumschulenbesitzer, ein Gutachten eines Beamten des preußischen Landwirtschaftsministeriums, welches besagte, daß die Forstbaumschulen nicht zum Gewerbe gehörten und deshalb auch nicht unser Verband, sondern der Landarbeiterverband als Tarifkontrahent für Forstbaumschulen in Betracht käme. Bei Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß im Herbst 1919 lehnten deshalb die Baumschulenbesitzer, gestützt auf obiges Gutachten, jede weitere Verhandlung mit unserer Organisation ab. Den Kollegen wurde bedeutet, daß, wenn sie Lohnerhöhung und neuen Tarifabschluß wollten, sie sich dem Landarbeiterverband anschließen und aus unserer Organisation austreten müßten.

Der Zweck, der damit erreicht werden sollte, war doch zu durchsichtig. Erstens hofften die Unternehmer, auf diese Weise ihren alten Forderungen, zur Landwirtschaft zu gehören, einen guten Schritt näher gekommen zu sein. Zweitens glaubten sie, dann den Lohn der Landarbeiter, welcher für Freiarbeiter immerhin bedeutend niedriger war wie in Baumschulen, einführen zu können.

Trotzdem es den Kollegen während des Winters 1919—1920 durch den niedrigen Lohn äußerst schlecht ging, gelang es den Unternehmern nicht, ihren Willen durchzusetzen und unsere Kollegen zum Verlassen unserer Organisation zu bewegen. Gerade das Gegenteil von dem, was erreicht werden sollte, erzielten sie. Unsere Kollegen standen im Frühjahr 1920 fester wie je zuvor. Dadurch war es dann auch möglich, im Februar 1920 die Unternehmer ohne Kampf zu einem für uns günstigen Tarifabschluß zu bringen. Nur in Elmshorn hatten sich die Kollegen einseifen lassen, weil hier nur wenige unserer Sache treu geblieben waren.

## Lern von Euren Arbeitgebern!

Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, und jeder einzelne muß mithelfen, dieses Ziel zu erreichen, alle Berufsgenossen . . . als Mitglieder für unseren Verband zu gewinnen. Die Zahl der „Nassauer“ — dieser Ausdruck ist Ihnen ja allen bekannt — die von den Früchten der Arbeit anderer für sie zehren, und die für ihre Berufssache keinen Finger krümmen, keinen Pfennig opfern wollen, hat erfreulicherweise schon erheblich abgenommen; denn das Verständnis für die Notwendigkeit des Eintritts eines jeden in seine Berufsorganisation ist jetzt ein bedeutend besseres geworden, trotzdem müssen wir unentwegt daran und dafür arbeiten, daß alle, die zu uns gehören, auch in unsere Reihen eintreten, so unsere Stosskraft erhöhen und durch die gemeinsame Zusammenarbeit aller für die Belange des Berufes von Erfolg zu Erfolg zu schreiten. Der in der heutigen Zeit geradezu lächerlich wirkende Konkurrenzneid muß verschwinden, jeder in seinem Berufsgenossen seinen Freund und Kollegen, dessen Sorgen und Nöte mit den seinen sich gleich stellen, sehen. Wenn jeder einzelne davon durchdrungen ist, wie notwendig und wichtig auch seine Mitarbeit an den Berufsaufgaben ist, wie wir viel schneller und besser vorwärts kommen, wenn jeder seine Hände dafür regt, als wenn er die Arbeit hierfür, getreu nach dem vielgehörten Ausspruch: „Die andern werden's schon schaffen“, einzeln überläßt, dann erst werden wir zu gesunden Zuständen in unserem Berufsleben kommen, dann werden wir unaufhaltsam vorwärts schreiten in dem Aufstiege unseres Berufs.

Die Verbandszeitung Deutscher Blumen-  
geschäftsleiter vom 4. April 1921.

Die übrigen schlossen durch den dort bestehenden Lokalverein einen Vertrag ab, der gegenüber den damals in anderen Orten von uns abgeschlossenen Tarifen nicht anders als ein Schandvertrag bezeichnet werden konnte. Bald sahen diese Kollegen denn auch ein, welcher Fehler von ihnen gemacht worden war. Im März 1920 legten sie geschlossen die Arbeit nieder und baten uns, sie alle wieder in die Organisation aufzunehmen und in den Streik einzugreifen. Nach einwöchiger Dauer setzten wir die Forderungen denn auch glatt durch. Der beste Beweis, wie notwendig und unentbehrlich der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. — Weiter gelang es uns im Juni 1920, den im Februar für das übrige Baumschulengebiet abgeschlossenen Tarifvertrag bedeutend zu verbessern.

Im Herbst 1920 gestalteten sich die wieder angebahnten Verhandlungen zwecks Lohnerhöhung äußerst schwierig. Wieder glaubten die Unternehmer, daß für sie die passendste Zeit gekommen sei, sich auf die Hinterbeine zu stellen. Es war aber doch nach langem Verhandeln noch möglich, eine vorübergehende Regelung, welche bis zum 15. Dezember Gültigkeit hatte, zu treffen. Da wir aber bei weiteren Verhandlungen nicht auf den Vorschlag der Unternehmer eingehen wollten, entließen diese Hunderte von unseren Kollegen zwei Tage vor Weihnachten. Unter den Entlassenen waren sehr viele, die schon 20—30 Jahre ununterbrochen in den Geschäften tätig gewesen waren. Auf der andern Seite wurden Anzeigen in den ostpreussischen Zeitungen losgelassen, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Werber wurden abgesandt, um Wanderarbeiter und -arbeiterinnen heranzuziehen und das alles, wo Hunderte von unseren Kollegen auf die Straße gesetzt waren, wo zehntausende Arbeitsloser in dem nahe gelegenen Hamburg-Altona seit Jahren vergebens auf Arbeit warteten. Nochmals hofften die Unternehmer dadurch unsere Organisation sprengen zu können. Trotz der größten Not, in der sich unsere Kollegen zum Teil befanden, ließen sie sich aber nicht in ihrer gewerkschaftlichen Treue beirren. Ein Tarif kam erst nach sehr vielem Verhandeln im Februar zustande, nachdem die Hochsaison vor der Tür stand und unsere Kollegen die Arbeit einzustellen drohten.

Mit unserer ganzen Bewegung während der letzten beiden Jahre können wir wohl zufrieden sein. Wenn wir uns die Verbesserungen unserer Lohnverhältnisse in diesem Gebiet vor Augen halten, so muß jeder den Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit einsehen und anerkennen. Hatte uns die erste Lohnbewegung die Löhne der Gärtner und Arbeiter auf 1—1,20 Mk., die der Frauen auf 0,45—0,55 Mk. gehoben, so stehen wir jetzt mit den Löhnen der Arbeiter und Gärtner auf 4,30—4,70 Mk., mit den Löhnen der Frauen auf 2,50 Mk. Den Wert der gewerkschaftlichen Macht können wir am besten mit an dem letzten Tarifabschluß ermessen. Nach diesem erhielten die Kollegen allein an Nachbezahlung reichlich  $\frac{1}{2}$  Million Mark. Auch gelang es, die Arbeitszeit um eine Stunde herabzusetzen.

Eine geplante einheitliche Regelung für die ganze Provinz kam leider nicht zustande. Sie scheiterte an dem Widerstand eines Teils der Unternehmer in kleineren Orten, in welchen wir nicht genügend vertreten sind. Es fehlt hier eben noch der ge-

nigende Druck, den auch diese Unternehmer erst verspüren müssen, bevor sie anerkennen, daß nicht allein berechtigt sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, sondern daß hierzu die Arbeiterschaft in gleichem Maße heranzuziehen ist. Hier wird es die Aufgabe unserer Kollegen sein, noch mehr zu agitieren, um alle möglichst restlos unserer Organisation zuzuführen. Es kommt vor allen Dingen auch ja nicht nur darauf an, bessere Verhältnisse zu schaffen, sondern diese auch zu halten. Das kann aber nur durch restlose Zusammenfassung aller Kollegen in der Organisation erreicht werden.

Daß die Unternehmer drauf und dran sind, sich von dem Druck der Organisation zu befreien, sieht man mit jedem Tag besser. So haben sie erneut um die Erlaubnis nachgesucht, 500 ausländische Mädchen und Frauen heranzuziehen zu dürfen. Auch suchen sie immer noch Mädchen von den Arbeitsnachweisen der östlichen Provinzen zu bekommen, in der Hoffnung, möglichst Arbeitskräfte zu bekommen, die den gewerkschaftlichen Gedanken fremd gegenüberstehen. Darüber, ob dadurch die Arbeitslosigkeit noch mehr wie bisher vergrößert wird, machen sich die Unternehmer keine Kopfschmerzen. Hauptbedingung ist für sie, daß sie ihre eigenen kapitalistischen Interessen wahren.

Auch auf eine andere Seite müssen wir unser Augenmerk richten. Aus der letzten Lehrlingsstatistik ersehen wir, daß das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gelehrten in den Baumschulen sich immerhin noch auf einer Linie bewegt, daß man nicht ohne weiteres von einer Lehrlingszuchterei sprechen kann. Das scheint aber auch anders zu werden. Viele Baumschulenbesitzer stellen schon Lehrlinge über Lehrlinge ein. Um nur eine Firma herauszugreifen, sei die Firma M a B - Rellinen angeführt. Dort sind drei fachkundige, junge Gehilfen, die jetzt erst eingestellt sind sowie ein Gehilfe, der Ostern ausgelernt hat und jetzt als erster Gehilfe fungiert sowie vier Lehrlinge und zwei Volontäre beschäftigt.

Haben wir in zwei Jahren gewerkschaftlicher Arbeit auch manche Mißstände beseitigt und Fortschritte gemacht, mit welchen wir den Verhältnissen nach zufrieden sein können, so steht uns doch noch eine große Arbeit bevor, wenn wir unser Endziel erreichen wollen. Auch hier heißt es: „Vor alle Erfolge haben die Köpfe den Schwanz gesetzt.“ Darum kann man immer nur wieder jedem Kollegen zurufen: Organisiert Euch und holt auch die Lauen und Flauen heran! Nur dann werden wir unsere Aufgabe erfüllen können, wenn wir dem Unternehmertum zu jeder Zeit und Stunde geschlossen und gewappnet gegenüber treten können. Runge, Hamburg.

## Die Lohnherabsetzung in der Hamburger Landschaftsgärtnerei.

Während die Lohnverhältnisse in der Hamburger Landschaftsgärtnerei in den Jahren vor dem Kriege für das ganze Reich stets vorbildlich waren, trifft das heute leider nicht mehr zu. Verschiedene Großstädte haben uns überholt. Die Ursache liegt in den heutigen Verhältnissen begründet. Wohl nirgends ist die Landschaftsarbeit so zurückgegangen, wie in Hamburg. Jeder Kollege, der in den letzten Jahren einmal durch das Hamburger Wohnviertel gegangen ist und dieses von früher her kannte, wird zugeben müssen, daß die ehemals schön gepflegten Hamburger Gärten kaum wieder zu erkennen sind. Neuanlagen sind fast gar keine und Umänderungen verschwindend wenig vorhanden. Die Zahl der Beschäftigten beträgt höchstens ein Viertel derjenigen von früher und nur im Frühjahr werden für einige Wochen mehr Arbeitskräfte eingestellt. Man sieht die Hamburger Kaufleute sehr oft selbst im Garten arbeiten und die Dienstmädchen und sonstige Hausangestellte werden zur Gartenarbeit herangezogen. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß unsere alten Landschafter dem Beruf Valet sagen wozu in erster Linie die zu niedrigen Löhne beitragen. Diese Kollegen waren es, die die straffe Organisation geschaffen haben. An diesen alten treuen Mitgliedern hat unsere „Gruppe Landschaft“ sehr viel verloren! Hinzu kommt noch, daß das Unternehmertum, welches natürlich noch das alte von früher ist, sich eine gute, straffe Organisation geschaffen hat, die dem großen Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona angeschlossen ist.

Bis zum Frühjahr 1920 war die Unternehmerorganisation bereit, mit uns Tarife abzuschließen. Aber schon im Juni 1920, nachdem die Hauptarbeit fertig war, setzte ein anderer Wind ein. Trotzdem die Teuerung damals sprunghaft in die Höhe ging, verweigerten die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung. Dreimal beschäftigte die Anzelegenheit den Schlichtungsausschuß, aber sie lehnten auch jeden Schiedsspruch ab. Zum Ende August kündigten sie sogar den Tarifvertrag. Nicht etwa, um mit uns einen neuen abzuschließen, sondern um in der Lohnfrage freie Hand zu haben. Leider war der Stand unserer Organisation auf Landschaft nicht so, um den Herren ein Paroli zu bieten und diese benutzten die für sie günstige Zeit ausgiebig, um den Beschäftigten ihre Macht fühlen zu lassen.

Aber es kam auch wieder ein Frühjahr und da zeigte es sich, daß unsere Kollegen aus der Zeit doch etwas gelernt hatten. Wir

reichten einen ausführlichen Lohnantrag ein, um all die bestehenden Mißstände in der Landschaftsgärtnerei gemeinsam mit den Arbeitgebern zu verbessern und zu bekämpfen. Vernünftige unter ihnen erklärten uns, daß sich auf dieser Grundlage wohl eine Einigung finden ließe. Ein großer Teil Hamburger Landschaftsgärtner, darunter die größten Firmen, gehören nämlich der Arbeitgebervereinigung nicht an, weil sie deren Lohnpolitik nicht mitmachen wollten. Die Versammlung der Arbeitgeber lehnte es ab, mit uns einen Tarifvertrag abzuschließen und beschloß, auf die früheren Tariflöhne einen Aufschlag von 40 Pfg. zu gewähren. Die Angelegenheit kam vor den Schlichtungsausschuß. Dieser fällte einen Schiedsspruch, nach dem auf die gebotenen 40 Pfg. ein weiterer Aufschlag von 40 Pfg. kommen sollte. Die Staffierung der Löhne und alles weitere sollten die Parteien durch Verhandlungen erledigen. Wohl oder übel mußten sich die Arbeitgeber wieder mit uns an den Verhandlungstisch setzen. Natürlich brachten sie einen Syndikus des Arbeitgeberverbandes mit und unter großen Schwierigkeiten kam in ihrer Versammlung der Schiedsspruch zur Annahme. Die kleinen Arbeitgeber, die entweder gar keinen oder nur ein bis zwei Mann beschäftigten, hätten zu gerne gesehen, wenn es zum Streik gekommen wäre um dann im Frühen zu fischen, während die großen Unternehmer doch einsichtiger genug waren, den Schiedsspruch anzunehmen. Die Verhandlungen ergaben eine Einigung. Allerdings wurde nur ein kurzer „Lohn- und Arbeitsvertrag“ geschaffen, der bloß das Vertragsgebiet, die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Gültigkeitsdauer festlegte. Einen „Tarifvertrag“ durften ja die Arbeitgeber laut Beschluß ihrer Versammlung nicht abschließen. Diese Bezeichnung ist bei ihnen sehr verpönt, deswegen mußte das Kind einen anderen Namen haben. Uns konnte es recht sein. Wir nennen es nun eben Tarifvertrag und jeder vernünftige Mensch wird uns darin recht geben.

Nun gibt es im Arbeitgeberverband aber noch eine Gruppe „Elbgegend“. Diese leistete sich etwas Besonderes und erklärte, den abgeschlossenen Vertrag nicht anzuerkennen. Sie wollten den ungelerten Arbeitern 10 Pfg. weniger zahlen, wie darin festgesetzt ist. Die Gärtner sollten dasselbe verdienen. Der Zweck war, aus dem Tarifgebiet herauszukommen, um dann freie Hand zu haben. Herr Köhn, der Vorsitzende dieser Gruppe, dachte auf diese Weise leichter den Neunstudientag, welcher schon lange sein Steckenpferd ist, wieder einführen zu können. Die Kollegen durchschauten aber diese Absichten und legten am 23. März in Blankenese einmütig die Arbeit nieder. Die Arbeitgeber der übrigen Elborte gaben rechtzeitig nach und erklärten, den Hamburger Tarif anerkennen zu wollen. Der Streik umfaßte 13 Betriebe und dauerte 10 1/2 Tag. Da nahmen auch diese Unternehmer den Hamburger Tarifvertrag an. Herr Köhn hätte nach seiner eigenen Aussage nicht gedacht, daß die Kollegen wegen einer geringen Differenz streiken würden. Die Sache war sehr schön einzufädelt, aber unsere Kollegen machten dem 13 Arbeitgebern doch einen dicken Strich durch ihre Rechnung.

Einen großen Erfolg haben weiter unsere Bergedorfer Kollegen ohne Streik errungen. Bergedorf gehörte seit Jahren nicht zum Hamburger Lohngebiet. In diesem Frühjahr wurde auch hier der Hamburger Lohn anerkannt. Die Kollegen bekommen hier Aufbesserungen von 1,30—2 Mk. die Stunde. Ein Erfolg der Einigkeit!

In Reinbek wurde ebenfalls ohne Streik ein Aufschlag von 90 Pfg. die Stunde herausgeholt.

So haben unsere Hamburger Landschafter in diesem Frühjahr einen guten Schritt vorwärts gemacht. Wenn auch die Löhne noch zu niedrig sind, so liegt das doch mit an der Lauenheit der Kollegen im Jahre 1920. In dieser Beziehung hat sich sehr viel gebessert. Ist auch die Zahl der Beschäftigten auf Landschaft viel kleiner wie früher, so muß doch ihre Organisation wieder genau so straff aufgezogen werden, wie vor dem Kriege. Nur dann werden wir dem gut organisierten Unternehmertum gewachsen sein. P. Huhnholz, Hamburg.

## Der Streik in der Hannoverschen Landschaftsgärtnerei.

Der Streik ist am 8. April durch Verhandlung vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß beigelegt. Die Zahlung der tariflichen Löhne ist unterschriftlich anerkannt. Ab 1. März hat nachstehender Lohnantrag Geltung: Verheiratete Gärtner 5 Mk., über 20 Jahre 4,70 Mk., unter 20 Jahre 4,40 Mk. Verheiratete Arbeiter 4,70 Mk., über 20 Jahre 4,50 Mk., von 18—20 Jahren 4,10 Mk., von 16—18 Jahren 2,60 Mk., von 14—16 Jahren 2,10 Mk. Arbeiterinnen ohne Unterschied des Alters 2,50 Mk. In einigen am Friedhof gelegenen Firmen 2,60 Mk. Außerdem haben einige Firmen Sondertarife abgeschlossen, deren Lohnsätze noch über diese hinaus gehen.

Es ist ganz anders gekommen, als wie es sich die Hannoverschen Unternehmer gedacht hatten. Obwohl schon seit Mitte Januar d. J. Verhandlungen auf Neuabschluss eines Tarifvertrages von seiten der Organisation angestrebt wurden, hielten es die

Unternehmer nicht für nötig, darauf einzugehen. In einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß vom 19. Februar kam ein Vergleichsvorschlag zustande, der von den Beschäftigten der Topfpflanzengärtnerei angenommen, von denen der Landschaftsgärtnerei aber abgelehnt wurde. Es wurde ein neuer Vorschlag eingereicht, über den am 17. März vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden sollte. Schon einmal konnte eine Verhandlung nicht stattfinden, weil die Unternehmer nicht erschienen waren. Diesmal war es der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, der erklärte, wegen Überlastung nicht in die Verhandlung eintreten zu können. Um das Maß voll zu machen, stellte er eine solche nach Ostern in Aussicht. Noch am gleichen Tage beschloß eine Versammlung, am Montag, den 21. März, in den Streik zu treten.

Am Mittwoch nahm dann eine Vertrauensmännerversammlung der Ortsverwaltung zur Streiklage Stellung und wurde folgende Entschließung gefaßt: „Sämtliche Vertrauensleute des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter stellen sich geschlossen hinter die Forderungen der streikenden Kollegen in der Erwerbsgärtnerei. Sie erkennen an, daß dieser Kampf den Kollegen aufzuzwingen worden ist und erklären sich einmütig bereit, in den nicht vom Streik betroffenen Betrieben und Branchen dafür wirken zu wollen, die im Kampf stehenden Kollegen mit allen Mitteln zu unterstützen.“ Aus der Versammlung heraus wurde der Antrag eingebracht, für Unterstützung der Streikenden einen Wochenbeitrag zu zeichnen, der einstimmige Annahme fand. An dieser Unterstützung haben sich ganz besonders die Kollegen der Stadtgärtnerei beteiligt, die fast restlos in unserer Organisation vereint sind. Sie hatten begriffen, daß dieser Kampf auch für sie geführt wurde. In der ersten Woche gingen an Unterstützungen ein 1331,80 Mk.

Am 29. März fand dann erneut eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt. Es kam ein Vergleichsvorschlag zustande, den die Unternehmer als Richtlinie auffassen wollten, nicht aber als Vertrag. Praktisch bedeutete dieses, daß jederzeit die Abmachungen umgangen werden konnten. Dieses Ansinnen wurde natürlich abgelehnt. Festgestellt sei hier, daß gerade die Hannoverischen Arbeitgeber von allen Gruppen im Gau die schärfsten Gegner des Tarifvertrages sind. Selbst auf der Generalversammlung des Verbandes Deutscher Gartenbetriebe in Berlin, die vor kurzer Zeit stattfand, mußte Herr Meyer, Hannover-Kirchrode, der Vorsitzende der hiesigen Arbeitgebergruppe, sich sagen lassen, doch nicht landwirtschaftlicher wie die Landwirtschaft zu sein, da ja doch auch in der Landwirtschaft schon allorts Tarifverträge beständen. Er hat sich aber nicht belehren lassen. Ihm kann ja auch bei solchen Lohnkämpfen nichts geschehen, da er keine Leute beschäftigt. Auf Veranlassung des Bundespräsidenten wurde dann erneut am 8. April vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt und kam anfangs erwähnter Vertrag zustande und zwar mit Rückwirkung vom 1. März, laufend auf ein Jahr, jedoch mit dem Zusatz, daß sobald eine Verteuerung oder Verbilligung der Lebenshaltung um mindestens 10% eintritt, die Parteien auf Antrag zusammentreten müssen, um über einen Anzeigebrief zu beraten. In diesem Falle ist monatliche Kündigung erforderlich. Weiter sind durch Schreiben des Regierungspräsidenten die Arbeitgeber aufgefordert, auch in Verhandlungen über den Abschluß eines Manteltarifvertrages einzutreten. —

Der Plan der Unternehmer, die traurigen Verhältnisse der Vorkriegszeit wieder einzuführen, ist an dem geschlossenen Widerstand der Kollegen gescheitert. Drei Wochen haben unsere Kollegen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse durchgehalten und damit dem Unternehmertum gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, wieder unter den unsozialen Lohn- und Arbeitsbedingungen der früheren Jahre zu arbeiten. Schon einmal, im März 1920, haben die Kollegen der Landschaftsgärtnerei zum Streik greifen müssen, auch damals mit vollem Erfolg. Die Zukunft wird es lehren, ob aus diesen Kämpfen endlich die Unternehmer die Lehre ziehen werden, daß man nicht ungestraft den Zelger der Zeit auf 1914 zurückstellen kann. —

Aufgabe der Kollegen aber ist es, noch mehr wie bisher für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation Sorge zu tragen, dann werden die Unternehmer gar bald die Aussichtslosigkeit ihrer rückschrittlichen Handlungsweise einsehen.

Die Unternehmer glauben, durch diesen Kampf die Organisation zu vernichten. Sie haben sich getäuscht, fester denn je stehen die Kollegen treu zu ihrer Organisation, wohl wissend, daß nur diese in der Lage ist, ihnen geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Fr. Schulze, Hannover.

## Tarfbewegung im Freistaat Danzig.

Durch die Isolierung Danzigs vom Deutschen Reich waren die dortigen Kollegen mehr oder weniger auf eine gewisse Selbstständigkeit angewiesen; infolgedessen auch alienthauben ihr Bestreben, die wirtschaftlichen wie sozialen Interessen durch tarifliche Festlegung für den gesamten Freistaat besser zu gestalten. Um dieses zu verwirklichen, wurden die vorhandenen Ortstarife von Danzig und Praust unsererseits gekündigt und den Garten-

## Leistungen unserer Organisation.

Zu welchen Leistungen die Kollegenschaft fähig ist, wenn sie ihre Kräfte vereint, zeigen einige Zahlen aus der Abrechnung des Jahres 1920:

Für Beiträge wurde vereinnahmt

1 660 977 Mk.

Für Streiks, Lohn- und Tarfbewegungen wurde ausgegeben:

509 746 Mk.,

für Unterstützungen (ausschließlich Streikunterstützung):

110 669 Mk.,

für Bildungswesen (Zeitung, Fachblatt, Bibliothek):

205 412 Mk.

Diese Summen beweisen, daß die Organisation eine Schutzwehr für die Kollegenschaft bedeutet. Sie zeigen aber auch, daß wir in unserem Beruf eine Macht darstellen, die man nicht ausschalten kann.

Die Arbeitgeber könnten aus diesen Zahlen lernen, daß es ihnen nicht gelingen wird, uns an die Wand zu drücken, daß ihr Kampf gegen die Tarifverträge eine kurzfristige Vogelstraußpolitik ist. Wir werden doch zum Ziel gelangen und zwar durch eigene Kraft.

Die Kollegenschaft wird aber immer mehr erkennen lernen, daß höhere Leistungen für die Organisation nur erhöhte Vorteile für jeden einzelnen bedeuten. Je größer unsere Kraft, desto größer unser Einfluß. Darum werbt neue Mitglieder und stärkt die Verbandskassen!

baubetrieben der neue Entwurf zugesandt. Dieser fand aber bei ihnen wenig Anklang, weil auch in ihren Reihen der Wunsch nach Lohnabbau und dem zehnstündigen Arbeitstag, den Direktiven ihrer Berliner Zentrale gemäß, Verwirklichung finden sollte. Also, wenn möglich, tariflose Zeit und Bezahlung nach freier Vereinbarung. Die Herren Arbeitgeber rechneten aber nicht mit der Geschlossenheit unserer Kollegen und sie mußten zu ihrem Erstaunen feststellen, daß diese gewillt waren, das Recht, das man ihnen zu nehmen im Begriffe war, durchzukämpfen.

Da eine Verständigung beider Parteien auf gutlichem Wege unmöglich erschien, mußte von der Bildung eines Gesamttarifes Abstand genommen werden. Um trotzdem den gesteckten Zielen näher zu kommen, wurden die Verhandlungen für Danzig und Praust getrennt eingeleitet. Für Praust kam die Baumschule Radtke & Sohn G.m.b.H., die etwa 72 Personen beschäftigt, in Frage. Da hier jede Tarifverhandlung von seiten der Firma abgelehnt wurde, traten die Kollegen geschlossen am 17. März in den Streik. Durch die mustergültige Solidarität konnte mit einem unbedingten Erfolg in kurzer Zeit gerechnet werden. Und siehe da, an demselben Tage war die Firma bereit, in Verhandlungen zu treten. Mantel- und Lohn tarif wurde festgelegt, seine Unterzeichnung konnte nur noch nicht erfolgen, weil der Vertreter der Firma die Abmachung den Aktionären zur Kenntnis vorlegen mußte. Zu diesem Zwecke wurde ihm unsererseits eine 24stündige Frist gewährt, die am 18. März, abends 6 Uhr, abließ. Nun kommt der Knalleffekt: Eine vollständige Ablehnung des ganzen Abkommens mit der Begründung, der Schlichtungsausschuß möge darüber entscheiden! Eine Verschleppungspolitik dieser Herren, um Zeit zu gewinnen, die größten Aufträge abzustoßen. Die Kollegenschaft war aber nicht gewillt, sich die Waffen aus der Hand winden zu lassen, sondern sie legte die Arbeit abermals nieder, mit dem festen Willen, diesen aufgezwungenen Kampf restlos durchzuführen.

Diese Entschlossenheit wirkte auch auf die Arbeitgeber in Danzig so günstig ein, daß sie sich zu sofortigen Verhandlungen bereit erklärten. Über den Manteltarif wurde eine vollständige Einigung erzielt, die strittigsten Punkte waren, wie immer, Lohnfrage und Arbeitszeit. Das menschliche Mitgefühl der Arbeitgeber für ihre Angestellten verstieg sich sogar zu der Feststellung, daß diese mehr verdienen müssen. Aber diese Erkenntnis ging nur bis zum Geldbeutel, da hörte der Mensch auf, man wurde Kaufmann. Die Arbeitnehmer sollten zehn Stunden arbeiten, dann würden sie mehr verdienen und sollte es dann noch nicht reichen, so hätte der Tag ja 24 Stunden, die Gelegenheit geben, das Geforderte zu verdienen. Da die fernere Zukunft aber dem Arbeitnehmer auch bei 24stündiger Arbeitszeit keine Gewähr bietet, „Millionär“ zu werden und unsererseits durchaus keinerlei Absicht besteht, das Heer der Kapitalisten zu vermehren, mußte der wohlwollende Rat abgelehnt werden. Wir erklärten, für die Sommermonate die neunte Stunde freizugeben, jede weitere als Überstunde betrachten und an den angesetzten Löhnen festhalten zu müssen. Da ein Ausgleich bei diesen Meinungsverschiedenheiten nicht erzielt werden konnte, sollte der Schlichtungsaus-

schoß die Verständigung herbeiführen. Auch da brachte uns der Schiedsspruch nicht das, was wir erwarteten; wohl eine prozentuale Überstundenbezahlung, aber nur eine minimale Erhöhung der Löhne von 30—65 Psg. die Stunde.

Die Fällung des Schiedsspruches wurde durch das plötzliche Umschwenken der Prauster Kollegen ungünstig beeinflusst. Diese erklärten zwar noch am 21. März, den Streik trotz günstiger Versprechungen der Firma R., die darauf hinzielten, eine Zersplitterung in die Reihen der Kollegen zu tragen, geschlossen weiter zu führen, fielen aber um, als ein schwereres Geschütz, nämlich die Drohung mit Entlassung, aufgeföhren wurde. Einzelne, dadurch ins Bockshorn gejagt, nahmen die Arbeit auf. Bevor der Streik- bzw. Organisationsleitung die Möglichkeit gegeben war, einzuschreiten, war der größte Teil der Kollegen im Betrieb. Die Folge davon war der wenige Vorteile bietende Schiedsspruch.

Es dürfte dies eine Lehre für die Gesamtheit sein, geschlossen aufgenommene Aktionen auch geschlossen durchzuführen. Denn nur dann kann ein Erfolg verbürgt und den Arbeitgebern Respekt vor unserer Organisation abgezwungen werden, wenn sich alles restlos hinter die Führer stellt, die, gestützt auf die Einigkeit, das Beste im Interesse aller durchzuführen gewillt sind.

Kaesler, Königsberg.

## Der Kampf um Arbeitszeit und Tarif Im Gau Stuttgart.

Während die Kollegen in vielen Orten zur Durchführung ihrer Forderungen zum Angriff übergehen, ist die Kollegenschaft des Gau's Stuttgart gezwungen, einen Kleinkrieg gegen die Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Die Hauptversammlung des Verbandes Württembergischer Gartenbaubetriebe hatte außer der Ablehnung eines Landestarifs, die Forderung einer zehn- und elfstündigen Arbeitszeit beschlossen. Die Unternehmer glauben nun, diese gegen Verordnung, Regierung und Organisation durchzusetzen. Um Mittel und Wege waren sie ja nie verlegen. Rücksichtslos nützt man die derzeitige Wirtschaftslage und das große Angebot von Arbeitskräften aus, um die Arbeiterschaft klein zu kriegen, ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren zu können.

Ablehnung jeder weiteren Lohnzulage! Keine Tarife! ist die Parole der württembergischen Unternehmer. Nicht die bessere Einsicht, lediglich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre waren es, welche diese Herren in den Jahren 1919 und 1920 zum Abschluß einiger Ortstarife veranlaßten. Die einheitliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sollte bereits im Jahre 1920 durch den Abschluß eines Landestarifs erfolgen. Die Unternehmer erklärten sich damals auf der Grundlage der im Jahr 1919 vereinbarten Arbeitszeit dazu bereit (Landschaft neun Stunden, Erwerbsbetriebe zehn Stunden). Dem konnten wir nicht zustimmen und mußten die Durchführung der Forderung: Alle über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit gilt als Überstunde!, in Angriff nehmen. In Stuttgart kam es schließlich nach einem eintägigen Streik zum Abschluß eines Bezirkstarifs, der eine achtstündige Arbeitszeit für Landschaft und eine neunstündige für die Erwerbsbetriebe in den Sommermonaten festsetzte. Auf dieser Grundlage wurden darauf Tarife in Ulm, Aalen, Tuttlingen und Göppingen abgeschlossen. In Gmünd und Reutlingen mit Umgebung kam es nach fünf- und sechstägigem Streik auf derselben Grundlage ebenfalls zu einer Einigung. Alle Voraussetzungen zu einer gleichmäßigen Regelung waren somit geschaffen.

Die wenig gute Geschäftslage trug aber dazu bei, den Widerstand der Unternehmer gegen jede weitere Lohnerhöhung und gegen die Tarife überhaupt zu vergrößern. Sie hielten ihre Zeit für gekommen und wenn dem gesamten württembergischen Unternehmertum durch die der Arbeiterschaft im Steuergeneralstreik mit Hilfe von Maschinengewehren beigebrachte Niederlage der Kamm geschwollen ist, so ist dies bei den Gärtnereifachunternehmern doppelt der Fall. Wir bestimmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen!, war die Parole, mochte man sie erst auch in noch so schöne Worte kleiden. Wir durften uns deshalb nicht wundern, daß nach dem Beschluß der Hauptversammlung auch die einzelnen Bezirke auf den Abschluß eines Tarifs „verzichteten“ und man zynisch lächelnd bei Verhandlungen erklärte, daß man auf Arbeitgebersseite in Ruhe einem Streik entgegen sehe und der Schlichtungsausschuß Schiedssprüche abgeben könne, wie er wolle. — Nur Ulm machte dabei eine Ausnahme.

Die rückständigen Elemente waren im hiesigen Verband immer in der Mehrheit und soziales Empfinden suchte man da vergebens. So lehnten die Stuttgarter Unternehmer einen Einigungsvorschlag des Schlichtungsausschusses auf 15 % Zulage ab 15. Februar ab, lediglich um zu zeigen, daß sie sich als die Herren der Lage fühlen. Leider finden sie immer noch Arbeiter, die sich durch dieses Vorgehen einschüchtern lassen und von einer energischen Vertretung ihrer Rechte Abstand nehmen. Und wenn der Vorsitzende erklärte, daß sich die Württemberger nicht nach dem

richten, was in Baden, Bayern, Sachsen und Schlesien gemacht worden ist, sondern das tun, was ihnen paßt und was sie vor ihrem Gewissen vereinbaren können, so muß man schon sagen, daß das Gewissen eines Teils der Mitglieder des Verbandes Württembergischer Gartenbaubetriebe ein sehr weites ist und daß manche Herren sehr sehr viel mit ihm vereinbaren können. Daß man Tarife, die man selbst unterschrieben hat, im eigenen Betrieb nicht einhält, daß man als Vertreter in der Festsetzung von Zulagen mitwirkt und diese dann nachher selbst nicht bezahlt, daß man Gehilfen, die in Krankenhausbehandlung waren, das Hausgeld der Krankenkasse als Entschädigung für die Aufbewahrung des Kleiderkoffers abverlangte, soll nur als Beispiel angeführt sein. Die Lehrlingsfrage zeigt das weite Gewissen in besonders schönem Lichte.

Auf der einen Seite gibt man sich den Anschein, als ob einem wer weiß wie viel an der Hebung des Berufes und der Ausbildung der Lehrlinge gelegen wäre und andererseits erklärt man offen, daß man sich eben nach billigen Arbeitskräften umsehen müsse und Lehrlinge einstelle. Man gibt also zu, daß man den Lehrling nur als billige Arbeitskraft betrachtet.

Der Kampf geht auf der ganzen Linie gegen Tarif und Organisation, vor allem aber gegen den Achtstundentag bzw. die geregelte, tariflich festgesetzte Arbeitszeit. Es muß festgestellt werden, daß durch das württembergische Arbeitsministerium und die Gewerbeinspektion die Einhaltung der Verordnung und die Kontrolle der Betriebe nicht mit dem erforderlichen Nachdruck durchgeführt wird. Man versteckt sich hinter die Zuständigkeitsfrage, weist auf das Fehlen eines Urteils von einem württembergischen Gericht wegen Überschreitung der Arbeitszeit hin, um die Sache endlich laufen zu lassen wie sie läuft. — Das zeigt uns, wie es um die Interessen der Arbeiter bestellt ist, wenn sie nicht selbst für ihre Interessen eintreten. Verordnungen und Gesetze werden nur dann angewendet und eingehalten, wenn die Kraft der Massen dahinter steht und für ihre Einhaltung und Beachtung sorgt.

Wenn daher die Kollegen im Gau Stuttgart einen Abwehrkampf gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit unter zurzeit wenig guten Verhältnissen zu führen gezwungen sind, so wird das ihr Vertrauen in die Kraft der Organisation nur stärken. Wir wissen, daß es ein Kampf ohne Pause ist, daß wir nur von Teilerfolg zu Teilerfolg vorwärts kommen. Die Zahl der Kollegen, die festhalten, die immer wieder aufbauen und die Lücken füllen, ist zu groß, als daß wir ohne Erfolg kämpfen werden! Mit Ausdauer und Zähigkeit werden und müssen wir den Kleinkrieg führen und den Gegner fassen, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Uns hilft niemand als wir selbst! Darum dürfen wir nicht nachlassen, nicht verzagt werden, sondern wir müssen mit unerschütterlicher Ausdauer unsere Rechte verteidigen. Wir haben den Willen und Mut dazu und wenn ein Teil der Unternehmer glaubt, allein die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmen zu können, so muß ihnen gezeigt werden, daß wir uns unsere Rechte nicht rauben lassen. Auf dem Posten sein! Bereit sein, wenn die Stunde des Angriffs kommt!, heißt es für die Kollegen im Gau Stuttgart. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie bald kommt. Dann seid bereit und habt den Willen zur Tat! F. Arnold, Stuttgart.

## Ums Ganze.

Offen und verblümt tuten die Unternehmer des Rheinlandes ins Siegeshorn und blasen: Unsere Einigkeit hat gesiegt. — die Gehilfen haben die Arbeit bedingungslos aufgenommen, — der Streik fiel ins Wasser und besonders ein Kölner Unternehmer, der bezeichnenderweise seinen Namen in der „Rheinischen Gärtnerbörse“ verschweigt, gibt seiner Genugtuung Ausdruck. Ist es denn nun an dem?

Zwar haben die Herren recht, wenn sie ihre Übereinstimmung in der Abwehr unserer berechtigten Forderungen loben. Darin sind sie sich jetzt mit ihren Kollegen aus dem Osten und dem Süden einig. Eine Folge der dauernden Prügel, welche ihnen seit längerem von diesen rassistischen Reaktionären wegen ihrer etwas demokratischeren Gesinnung verabfolgt wurden. Das dürfte aber auch der einzige Erfolg sein.

Der Ehrenvorsitzende des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe für das Rheinland, Herr Georg Arends-Ronsdorf, wiederholt zwar seit zwei Jahren bei allen Verhandlungen immer dasselbe Lied: Wir können nicht mehr, — unsere Betriebe sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. — die Forderungen sind unser Ruin. — Ich nehme meinen Betrieb unter den Pflug usw. Doch wurden die Herren Unternehmer dabei immer rundlicher, ihre Backen praller, die Nasen ab und zu auch blau, denn der Rhein mit seinen Reben ist nah, und es ist uns kein Fall bekannt, wo in den letzten Jahren ein gärtnerischer Betrieb wegen Unrentabilität unter den Hammer gekommen wäre, was vor dem Kriege an der Tagesordnung war. Auf diese Frage sind die Herren Arends und Genossen noch immer die Antwort schuldig

geblieben. Aber dafür kann man täglich die Renovierung der Gewächshausanlagen, die Hunderttausende verschlingen, beobachten: Pferde, Wagen und Geschirr, die nicht weniger kosten, werden angeschafft, schöne Villen erworben, dazu passende Einrichtungen, von denen das Zimmer 40—50 000 Emmchen kostet, die Gartenbauernfrauen tragen weiße und blaue Füchse, wenn sie nur recht teuer sind, viele Morgen Land werden gekauft, gute Kulturerzeugnisse gehen weg wie warme Semmeln, Holländer Sachen werden mit und ohne Erlaubnis für Millionen eingeführt, Rosen- und Baumschulartikel klettern um das zwanzigfache gegen Friedenszeit in die Höhe, Schnittblumen sind knapp und teuer, die Gehilfen bekommen 10 % Lohnaufschlag, die Krauter hauen im selben Moment 50 % auf ihre Preise. Herr Arends lehnte in diesem Frühjahr anfänglich jede Lohnerhöhung ab (vowegen des Ruins seines Betriebes), schlug aber als vorsichtiger Mann rechtzeitig 30 % auf seine Staudenpreise. Und das ganze krönt man dann mit dem Wort „Moral“. Nur die Forderungen der Arbeitnehmer sind unmoralisch, ihr Vorgehen tarifbrüchig, ihre Tätigkeit hetzerisch.

Was Wunder, daß die Langmut der schafsgeduldigen Gärtnerproleten auch mal reißt und sie die Räder still stehen lassen. Sollen doch auch die Landschafter teilweise oft nur für die Hälfte des Lohnes arbeiten, den ihre Krauter von ihrer Kundschaft nehmen. Acht bis neun Mark die Stunde ist belleibe nicht zu viel, aber die Gehilfen speist man mit vier bis fünf Mark ab. Das ist Wucher und solche Wucherer gehörten nach moralischen Gesetzen in ein Arbeitshaus zu ähnlichen elenden Bedingungen. Bei dieser schamlosen Ausbeutung bleiben die klingenden Erfolge natürlich nicht aus, alle sind sie „gesund“ geworden, und wenn Arends und Beterams heute schwerreiche Millionäre sind, so doch nicht allein auf Grund ihrer persönlichen fachlichen Tätigkeit, die belleibe kein Mensch anzweifelt, sondern weil sie es verstanden haben, aus Not Gold zu münzen, von der Ausbeutung ihrer Gehilfen zu leben. Jahrzehntlang haben diese Leute zu unmoralischen Löhnen arbeiten müssen, „zur Ausbildung, des Renommées wegen“ und aus Not. Vor dem Kriege halfen auch polnische Wanderarbeiter den Wohlstand der Arends, Beterams und Genossen heben, heute tun es wegen der elenden Lage gelernte deutsche Fachkräfte.

Und so kam der Streik weil kein anderer Ausweg blieb. Darob große Entrüstung im Unternehmerlager, war man daran doch nach dem Kriege nicht mehr gewöhnt. Aber die Herren mögen der Verbandsleitung Dank wissen, daß wir ihnen diesen nicht einmal während der Spartakistenzeit oder der Herrschaft der roten Armee beschert haben.

Die Arbeitnehmer streikten nicht mal so, wie es nötig gewesen wäre. Sehr vielen genigte der einstimmig gefaßte Streikbeschuß noch nicht, sie mußten erst ein- und auch zweimal an die Forderungen bei dieser Bewegung erinnert werden. Andernfalls hätte es auch in einer Woche gewonnen, wie überhaupt bei jedem Streik in der Kulturgärtnerei gewonnen werden würde. Leider fehlt diese Auffassung von Solidarität noch bei den meisten Kollegen und die Mühe war daher groß.

Schon am ersten Orte, die mit Erfolg durch waren, während an anderen Stellen versagte. Hier bewilligten nur zwei Firmen und danach noch nicht mal unser früherer Kampfgenosse Fritz Kreisemann, trotz seiner USP.-Zugehörigkeit und seiner Freundschaft zu Moskau. Für ihn und auch unsere Kollegen der Reimscheider Erwerbsgärtnerei gilt das Wort: Grau, Freund, ist alle Theorie.

Bei Jakob-Vohwinkel setzte die Polizei scharf ein, die Kollegen ließen sich durch diese Pickelhauben einschüchtern und von J. einfangen, indem sie wieder anfangen, nachdem ihnen 60 Mk. die Woche Lohnerhöhung zugesichert wurde. Der letzte Friedhof des Wuppertales folgte nach einer Woche Streik trotz der unsichern Haltung einiger Kollegen, so daß dort nun alle Friedhöfe tariflich erfaßt sind. Nachdem in Barmen-Elberfeld 16 Firmen bewilligt hatten, war der Streik in der dritten Woche gegenstandslos geworden, da nur noch ein Gehilfe und vier Lehrlinge beteiligt waren. Die härteste Nuß war in Ronsdorf zu knacken. Gärtnersöhnchen und solche von Geheim- und andern Räten nebst einer Anzahl junger Mädels bildeten die Besatzung der Feste des Ritter Georg und seines Schwagers Pfeiffer. Aber auch dieser Besatzung war es mit der Zeit leid, für solch eine schlechte Sache zu streiten und sie legten die Arbeit nieder. In der zweiten Woche war auch diese Bude bis auf zwei Lehrlinge leer und in der vierten Woche sah Herr Arends sich gezwungen, durch ein Loch der Hecke mit zwei erwischten staatsbehaltenden Elementen in seinen Betrieb zu kriechen. Einem seiner Knappen wurde in der zweiten Woche nach einem kurzen Nahkampf ein geladener 9mm-Revolver abgenommen, der Polizei übergeben und nun erholt dieser junge Mann, Josef Tewes aus Hamm i. W. sich von seinen Magenschmerzen in der Gärtnerei seines Papas. Herr Arends wird nicht bewilligen und wenn sein ganzer Betrieb zum Teufel geht, denn von dem aufgespeicherten Mammon der letzten 25 Jahre kann er ebenso viele Jahre an der Riviera herrlich und in Freuden leben. Aber gelernt hat er bei diesem Streik doch.

Bei Stellung unserer Lohaforderungen antwortet er im Auftrag seiner Gruppe mit strikter Ablehnung und Kündigung des ganzen Tarifs zum 15. März. Als es brenzlicher wird, bietet er statt der 10 % vom November 1920 einen Aufschlag von 50 % auf alle Löhne, was eine Erhöhung von 7—15 Pl. ausmacht. Vor dem Schlichtungsausschuß, der angerufen ward, bewilligt er dann endlich dessen Spruch vom November, also 0,85—1,05 Mk. mehr. So mühe wurden die Herrschaften doch im Laufe der zwei Streikwochen. Den Spruch des Schlichtungs-Ausschusses, der uns etwa die Düsseldorfer Löhne zubilligte, lehnten die Herren in ihrer letzten Versammlung ab, aber das kann uns gleichgültig sein, denn die meisten Firmen bezahlen diese Löhne schon. Im Laufe dieser Woche geht der Streik zu Ende, der Streit geht weiter.

Und nun ziehen wir unsere Lehren aus dieser Bewegung:

Ansehnliche Erfolge trotz der teilweise schlechten Streikbeteiligung und -Durchführung. Doch muß unsern Kollegen mit aller Deutlichkeit gesagt werden: **Wollen wir volle Erfolge, dann nur durch Schulung unserer Mitglieder und rechtzeitige Organisation der Fernstehenden. Mit Rekruten kann man keine Schlachten schlagen!** Auch die Mitglieder, welche zu Lohn- und Streikkommissionen gewählt werden, müssen besser orientiert sein. Manche glauben, mit ihrer Wahl ist alles geschehen und es fehlt nur der Streikbeschuß. Das ist ein verhängnisvoller Fehler. Solche Posten dürfen nur Leuten zufallen, die nicht nur über ein ausgeprägtes Pflichtgefühl verfügen, sondern auch im Handeln selbständig sind und die örtlichen Berufsverhältnisse genau kennen. Wer diese Fähigkeiten nicht besitzt, soll die Finger von diesen Posten lassen. Die Streikenden aber sollen wissen, das Streiken nicht Bummeln und Ausruhen, sondern verdoppelte Tätigkeit heißt, wenn ein Erfolg dabei herauskommen soll. Nicht nur einmal oder auch keimlich täglich sich zur Kontrolle melden, den „ändern“ das weitere überlassen und höchstens mal Allotria treiben, sondern immer entsprechend seinen Fähigkeiten zur Verfügung stehen, das ist die Pflicht jedes einzelnen, denn es geht für die eigene Sache. An einigen Lehrlingen kann sich mancher Gehilfe ein Muster nehmen, verschiedene Kollegen haben sich aufgeopfert und sind vor nichts zurückgeschreckt. Wären der letzteren statt 20 % etwa 50 % gewesen, wir hätten statt einen halben einen ganzen Erfolg.

Auch ein Wort für die Kollegen, die nicht nötig hatten zu streiken, sondern die drei bis vier Wochen zu den neuen Löhnen geschafft haben. Sie müssen nach unserm Statut 10 % ihres Verdienstes an die Streikkasse zwecks besserer Unterstützung der kämpfenden Kollegen abführen. Ist das nicht eine Bagatelle gegenüber den Opfern, welche die Streikenden bringen? Kämpfen diese nicht für die Gesamtheit? Und wie viele Kollegen haben sich vor dieser Selbstverständlichkeit gedrückt? Das werden wir einmal genau feststellen!

So wollen wir aus den Fehlern lernen und sie ausmerzen. Denn streiken werden wir bei der immer mehr an den Tag kommenden reaktionären Haltung unserer Arbeitgeber mehr wie bisher müssen. Ein anderes Mittel gibt es nicht, wenn wir es sind nur zur Linderung der großen Not im äußersten Falle angewandt. Zweieinhalb Jahre versuchten wir die bestmögliche Ausnutzung und haben dabei vielleicht mehr Opfer gebracht, als wir es als Mitgliedern gegenüber verantworten können. Die nächsten wittern Morgenluft und suchen den Kapitän, sie sollen ihn haben, denn wir haben dabei nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Jeder trage zum Gelingen bei und werde ein Kämpfer.

H. Link, Düsseldorf.

## An „Ilex“!

Unter dem stacheligen Pseudonym „Ilex“ polemisiert in Nr. 8 der Verbandszeitung Deutscher Blumengeschäftsinhaber ein schamhaft sich im Hintergrunde haltender großer Unbekannter gegen unsere im „Gärtnerei-Fachblatt“ Nr. 2 veröffentlichte Auffassung über die zurzeit akute Frage der Blumeneinfuhr.

Der Schärfe seiner Äußerungen nach zu urteilen, für die er wohl absichtlich das Ilexblatt als Sinnbild genommen hat, kann man mit Genugtuung feststellen, daß wir mit unseren Ausführungen das Richtige getroffen haben, denn irgend welche beachtenswerten sachlichen Einwände, die ein neues Bild ergäben, kann der Pseudonymus nicht vorbringen. Nur eins geht aus seinen Zeilen zweifelsfrei hervor, nämlich, daß nicht nur zwei, sondern sogar drei Seelen in seiner Brust zu wohnen scheinen. Der Betreffende dürfte nicht nur Blumengeschäftsinhaber und Patriot alten Stils, sondern in der Hauptsache wohl Blumen-Großhändler sein, denn nur so erklären sich die Widersprüche, in die er sich verwickelt.

Wir hatten in unserem Artikel gesagt, daß wir von unserem sozialistischen Standpunkt aus Gegner jeden Schutzzolles seien, weil er verteuern wirke und zu Gegenmaßnahmen der davon betroffenen Länder führe, die wiederum Absatzschwierigkeiten für unsere bodenständigen Gewerbe oder Industrien zur Folge hätten usw.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz könnten wir nur bei reinen Luxusartikeln wie Champagner, Reifertedern u. dgl.

machen, damit deren Verbraucher angemessene Löhne für die Arbeit der übrigen Volksteile auch entsprechend bekommen können.

Die Infolge des Krieges völlig veränderte wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes lege uns aber auch bei der Einfuhr derartiger entbehrlicher Gegenstände größte Zurückhaltung auf, wofür das Zauberwort „Valuta“ die nötige Erklärung gibt.

Brotgetreide, Schmalz, Futtermittel und Rohstoffe lägen uns jedenfalls näher als Schokolade, Zigaretten und teure Schnittblumen, wie Rosen, Nelken und ähnliche, die letzten Endes doch nur von den oberen Zehntausenden gekauft werden könnten.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen schlußfolgerten wir, daß man also seine eigenen Grundsätze bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse konservieren müsse, selbst wenn dadurch zwei Seelen in unserer Brust wohnen.

Das Schwergewicht unserer Betrachtung legten wir aber auf folgenden Satz: „Wenn überhaupt irgendwelche Einfuhr in Frage käme, wäre es nur die billigeren Blumen und dann auch nur während einer kurz befristeten Zeit, die den größten Blumenmangel aufweist und dadurch leicht zu einer Entwöhnung des Publikums führen könnte, die für unseren Beruf verhängnisvoll werden müßte.“

Zum Schluß wiesen wir, ohne uns in den Streit zwischen Handlungsgärtnern und Blumengeschäftsinhabern einmischen zu wollen, noch darauf hin, daß es nötig sei, die Eigenproduktion zu erhöhen, zu welchem Zweck wir anschließend einige Abhandlungen über Schnittblumengewinnung folgen ließen.

Das Merkwürdige in dem Leitartikel von „Illex“ ist nun, daß er seinen Lesern die von uns oben fettgedruckten Sätze, vor allem den Schlußsatz, vorenthält und nur die anderen aus dem Zusammenhang, den wir deswegen hier nochmals wiedergeben, herausreißt, um so den Anschein einer lückenhaften Beweisführung oder mangelnder Sachkenntnis unsererseits zu erwecken und gleichzeitig seine eigenen schiefen Behauptungen um so leichter aufbauen zu können.

Diese Robttauscherpolitik oder mangelhafte Logik ist ein sicheres Merkmal dafür, daß wir es hier mit einem Geist zu tun haben, der entweder führenden Leuten des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber sehr nahe steht oder, wie schon gesagt, Blumengroßhändler ist.

Sonst wäre es nämlich undenkbar, aus unserem Artikel etwas herauszulesen, was gar nicht darin steht. Wenn wir grundsätzliche Freihändler sind, so dürfte das doch mit den Interessen der Blütnen völlig übereinstimmen, ganz abgesehen davon, daß die augenblicklichen Hemmungen auf diesem Gebiet für uns etwa dasselbe darstellen, wie die Republik für die Monarchisten. Da wir weiter unter diesen Umständen einer befristeten Einfuhr billigerer Blumen das Wort reden, ist es lediglich ein Demagogenkunststückchen, wenn der im strengsten Inkognito lebende Verfasser diese Tatsache unterschlägt, um dann seinerseits die gleiche Meinung umso lauter in die Welt posaunen zu können. Klappern gehört also auch dort zum Handwerk, aber in diesem Falle muß es doch stützig machen. Behauptungen werden nämlich durch Wiederholungen nicht wahrer, sondern lästig und man kann doch nachweisen, daß sich die Blumengeschäftsinhaber, obgleich sie das Kokettieren mit der Blumeneinfuhr selbst während des Krieges nicht ganz lassen konnten, bei der Verarbeitung deutscher Blumen recht gut gestanden haben. Das geben sie aber erst jetzt in ihrer Zeitung, so z. B. in der Nr. 13 vom 28. März zu, während sie noch im Jahre 1919 ebenso stöhnten wie jetzt.

Die Mängel in der Produktion haben wir nie verschwiegen und in unserm Artikel obendrein noch zu ihrer Beseitigung aufgefordert, da wir die Einschränkung von Gärtnereibetrieben und das immer mehr überhand nehmende Arbeiten mit ungelerntem Personal angesichts des Warenhunglers für einen Wahnsinn halten, der wohl mit der Landwirtschafts-Psychose der früheren Kunstgärtner zusammenhängt.

Bis hierher bestreiten wir ganz entschieden, irgend etwas gesagt zu haben, was nicht ohne weiteres von jedem Blumengeschäftsinhaber in Würdigung der heutigen Verhältnisse unterschrieben werden könnte.

Nur hinsichtlich der Notwendigkeit der „oberen Zehntausend“ für die Erhaltung des Blumenhandels weichen unsere Anschauungen erheblich von denen des Leitartiklers „Illex“ ab. Wir betonen nochmals ausdrücklich, daß uns angesichts der großen Not weiter Volkskreise nichts an der Erhaltung einer weder geistig noch sonst irgendwie führenden Schicht von neuen Reichern, Schiefern, Protzen und Emporkömmlingen liegt, die ihr Geld nur in Champagner, Austern, Kokain und Rivierarosen bzw. -Nelken und sonstigen teuren Blumen los werden können; uns ist es vielmehr darum zu tun, daß die im deutschen Volksschicksal liegende Blumenliebhaberei des großen Publikums, die schon mit einfachem und billigem Werkstoff befriedigt werden kann, erhalten bleibt.

Wenn dabei nicht so viel zu verdienen ist, wie beim Handel mit teuren Blumen, so bedauern wir das, verstehen aber gleichzeitig die künstliche Entrüstung von „Illex“, der sich an dieser Schlemmerlei wärmen und trotzdem das patriotische Monokel aufbehalten möchte.

Damit schließen wir die Debatte über ein Thema, dessen Begründung auf seiten unserer Gegner auf so schwachen Füßen zu stehen scheint, daß man zu Verdrehungen greifen muß, um für sich noch etwas herauszuschlagen zu können. Daran ändert auch der neueste Erguß von „Illex“ in Nr. 15 der Blütnenzeitung nichts.

W. R.

## Privatgärtnerei

Tarifvertrag für die Gutsgärtner der Kreise Ost- und Westhavel- und Westhavelland.

Am 19. März begannen in Nauen Verhandlungen auf Grund des Provinzialrahmentarif, die sich äußerst schwierig gestalten und häufig zu scheitern drohten. Um eine längere Vertagung zu vermeiden, wurden die Beratungen am 20. März fortgesetzt und dauerten ohne Unterbrechung bis zum 21., morgens 3 Uhr. Wir Gärtnereibetriebe mußten unser Hauptaugenmerk auf den Facharbeitsparagrafen legen, wobei der alte Tarif für Westhavel- und Osthavel-land als Anhaltspunkt diente. Bei diesem war es mit im Vorjahr gelungen, für Gehilfen 15 %, für Obergärtner oder Gärtner in leitender Stellung 20 % Zuschlag zum Gesamtjahreslohn eines vollwertigen Landarbeiters herauszuholen. Nach anfänglichem Widerstand glückte es mir auch in diesem Jahre wieder, auch für die Kollegen des Kreises Osthavel-land annehmbare Löhne durchzudrücken. In beiden Kreisen erhalten nunmehr „ungelehrte“ Gärtner 10 %, Gärtnergehilfen 15 %, Obergärtner 20 % Zuschlag, während sie im Vorjahr im Kreise Osthavel-land hinter den Statthaltern mit nur 10 % Aufschlag rangierten. Außerdem wurde ein Passus eingefügt, nach welchem für besondere Leistungen auch entsprechend höhere Löhne zu zahlen sind. Auch diesmal trat das Bestreben zutage, die Gärtnereibetriebe heraus zu lassen und ihre Löhne der „freien Vereinbarung“ zu überlassen. Wie diese aussieht, wissen ja die meisten Gutsgärtner, von einigen Ausnahmen abgesehen, am besten. Hervorheben möchte ich noch an dieser Stelle das solidarische Zusammenarbeiten der Landarbeiter-Kreisorganisationen mit unserer Privatgärtnervereinigung.

An die Einzelmitglieder des Kreises Osthavel-land richte ich anschließend die dringende Bitte, sich wieder unter einer tüchtigen Leitung zu einer Gruppe zusammen zu schließen, um so ihren mit der Ausarbeitung der Tarife betrauten Führern mehr Nachdruck zu verleihen. Der Gesamtjahreslohn eines vollwertigen, verheirateten Landarbeiters beträgt infolge sehr niedrig eingestellter Deputatsätze (Roggen 30 Mk., Weizen 34 Mk., Kartoffeln 15 Mk., Milch 1 Mk.) zuzüglich Gespannführerzulage 6600 Mk., für den Gutsgärtner kommen hierzu noch 20 % Zuschlag. Würde man diese Deputatsätze zu den Preisen umrechnen, die ein Großstadtarbeiter anlegen muß, so käme eine ganz andere Summe heraus und viele „Kunstgärtner“ in einer Villa oder dgl., die sich nicht das bibelchen Mut aufgebracht haben, sich zu organisieren, würden gern mit einem ganz gewöhnlichen Gutsknecht tauschen. Aber wer hat die Verhältnisse hier auf dem Lande von Grund auf geändert, Kollegen? — Die Organisation! Deshalb, Kollegen, die Ihr noch Eure Extratour tanzt, hinein in Eure Organisation, die für Euch kämpft und für Euch sorgt.

P. Gottschalk, Gutsgärtner, Wagenitz.

## Arbeitskämpfe und Tarife

Königsberg (Pr.). (Lohn- und Tarif für die Landschaftsgärtnerei.) Da die im Sondertarif vom 9. April 1920 enthaltenen Löhne und sonstigen Zuschläge der heutigen Teuerung nicht mehr entsprachen, wurde eine Erhöhung beantragt, gegen die sich die Arbeitgeber heftig sträubten. Infolgedessen wurden Einzelverhandlungen mit einer maßgebenden Firma angebahnt und nach mehrmaligem Verhandeln am 1. April 1921 folgende Löhne erzielt: Gehilfen 4—5,20 Mk., Arbeiter 3,20—4 Mk., Invaliden nicht unter 2,60 Mk. pro Stunde. Für Arbeiten über Land, die mindestens acht Tage in Anspruch nehmen und wo Kost und Logis gewährt wird, 50 Pfg. pro Stunde weniger. Nur Dank der guten gewerkschaftlichen Schulung unserer Kollegen dieser Branche war es uns möglich, diesen Erfolg zu erzielen. Immer wieder kommen wir darauf zurück, daß nur entschlossenes Zusammengehen eine Gesundung unserer Wirtschaftsinteressen gewährleisten kann. Das solidarische Verhalten dieser Kollegen hatte zur Folge, daß sich die andern Arbeitgeber dieses Berufszweiges ohne weiteres einverstanden erklärten.

Kaesler.

## Bekanntmachungen

Düsseldorf. Am 5. Mai (Himmelfahrt), im Volkshaus Markt, Beginn 5 Uhr. Gäste willkommen. Für Auswärtige bei Anmeldung, vormittags: Besichtigung von Düsseldorf.

Warnung. In verschiedenen Verwaltungen taucht ein Kollege Karl Grätzmann, geboren am 10. November 1851, auf. Er gibt an, 1917 in Nauen eingetreten zu sein und sein Mitgliedsbuch verloren zu haben. Die Angaben treffen nicht zu. Unterstützung ist ihm nicht zu gewähren. Die Hauptverwaltung.